Wer zahlt für mehr Artenschutz?

Das Land hat den Umweltpakt Niedersächsischer Weg verabschiedet – doch wer finanziert Entschädigungen für die Bauern? Am Ende die Verbraucher? Antworten auf die wichtigsten Fragen.

Von Michael B. Berger

Hannover. Der Landtag hat am Dienstag einstimmig ein breites Programm für mehr Natur- und Artenschutz beschlossen - nach langen Verhandlungen um den Niedersächsischen Weg. So heißt das Abkommen zwischen Politik, Umwelt-Landwirtschaftsverbänden. Niedersachsens Umweltminister Olaf Lies (SPD) sprach von einem Aufbruchsprogramm". Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast (CDU) sagte, mit den getroffenen Vereinbarungen würden landwirtschaftliche Betriebe in Niedersachsen zukunftssicher. Wir beantworten die wichtigsten Fra-

▶ Was bedeutet der Niedersächsische Weg?

In der Praxis heißt das, dass die Landwirte mehr natürliche Entwicklung auf ihren Flächen zulassen müssen. Sie dürfen etwa im Uferbereich von Gräben und Flüssen, den sogenannten Gewässerrandstreifen, nicht düngen und keine Pflanzenschutzmittel aufbringen. Insgesamt soll chemischer Pflanzenschutz reduziert werden, etwa durch den Einsatz neuer Spritztechniken. Hecken, Baumreihen und Alleen sollen Insekten, Vögeln und anderen Lebewesen mehr Freiraum bieten. Für die Insektenvielfalt soll es ein spezielles Aktionsprogramm geben. Landwirte sollen mehr biologische Beratung bekommen. Der Anteil des Ökolandbaus soll von derzeit 6 Prozent bis 2030 auf 15 Prozent wachsen.

Was haben dié Landwirte davon, wenn sie Teile ihrer Flächen wieder der Natur überlassen?

Sie sollen dafür vom Land entschädigt werden. Auch wenn sie Vertragsnaturschutz leisten, der bedrohten Vögeln wie dem Birkhuhn zugutekommt, aber auch Rebhühnern und Fasanen. Das Land hat bis zum Ende der Wahlperiode 2022 etwa 120 Millionen Euro reserviert. Aus diesem Topf soll auch ein Wildnisgebiet bezahlt werden, das 1000 Hektar groß sein soll und bis 2028 im Solling entstehen soll. Zur Finanzierung wird unter anderem die Wasserentnahmegebühr in Niedersachsen verdoppelt.

Also zahlen die Verbraucher die Zeche?



"Ein echtes Aufbruchsprogramm": Eine mehrjährige Blühfläche wächst am Rande eines Feldes in Wunstorf. Die niedersächsische Landesregierung hat sich mit Naturschützern und Bauern auf verbindliche Ziele für den Artenschutz verständigt. Zu Finanzierung wird auch das Wasser teurer. FOTO: JULIAN STRATENSCHULTE/DPA

Ja, aber nur einen geringen Teil, betont das niedersächsische Umweltministerium. Das Ministerium hat errechnet, dass Privathaushalte bei einem durchschnittlichen Wasserverbrauch von 120 Litern pro Tag mit rund 3,30 Euro pro Kopf und Jahr an Mehrkosten rechnen müssten. Wesentlich teurer wird es allerdings für Kraftwerksbetreiber, Industriebetriebe und auch Landwirte, die Wasser entnehmen. Allein ein Drittel der zu erwartenden Mehreinnahmen ist nach Auskunft des Ministeriums für Ausgleichszahlungen an Bewirtschafter von Gewässerrandstreifen vorgesehen. Nach dem Gesetzentwurf zur Umsetzung des "Niedersächsischen Weges" schlagen diese Ausgleichszahlungen mit rund 15 Millionen Euro pro Jahr zu Buche.

Wie macht sich das bei den Konsumenten bemerkbar?

Zunächst überhaupt nicht, denn die Preise landwirtschaftlicher Produkte werden "vom Markt" gemacht, also von den Abnehmern landwirtschaftlicher Produkte und liegen – sehr zum Leidwesen der Landwirte nicht selten sogar unter den Erzeugerkosten. Aber die Absicht des Niedersächsischen Weges ist es, in Niedersachsen, dem Agrarland Nummer eins in der Bundesrepublik, mehr für Umwelt-, Arten- und Naturschutz zu tun und dies nicht gegen, sondern mit der Landwirtschaft zu erreichen. "Das ist am Ende auch eine Standortfrage für die Landwirtschaft in Niedersachsen", sagte in der Debatte über den Pakt Helmut Dammann-Tamke, agrarpolitischer Sprecher der CDU. "Die Bürger können auch ihren Beitrag leisten, indem sie mehr saisonale Produkte, mehr regionale Erzeugnisse kaufen", meinte in diesem Zusammenhang Umweltminister Olaf Lies.

Was wird aus dem Volksbegehren zum Natur- und Artenschutz?

Das haben die Umweltverbände wie auch die Grünen in Niedersachsen abgebrochen – wie versprochen. Der Landtag in Hannover hat am Dienstag einstimmig Gesetzesänderungen für mehr Naturschutz und eine verträglichere Landwirtschaft verabschiedet. "Wir werden das Volksbegehren nicht anmelden, weil die Ziele des Volksbegehrens erreicht sind", sagte der Vorsitzende des Naturschutzbundes (Nabu) in Niedersachsen, Holger Buschmann. 138 118 Menschen hatten das Volksbegehren in der ersten Phase bis Anfang November unterschrieben, ein Mehrfaches der erforderlichen Zahl.

• Wie sind die Reaktionen?

Beim Landvolk, dem niedersächsischen Bauernverband, gab es positive Reaktionen. Landvolk-Präsident Albert Schulte to Brinke lobte, dass damit seinen Kollegen Rechtssicherheit gegeben werde und der freiwillige Pakt in Niedersachsen Vorbild für andere Bundesländer sein könnte. "Trotz aller anfänglichen Unwägbarkeiten und trotz des erheblichen Zeitdrucks ist es allen Beteiligten gelungen, ein großes und zukunftsfestes Paket zu schnüren, das den Ausgleich aller Interessen zum Inhalt hat", sagte Schulte to Brinke. "Wir stellen zum Beispiel mehr Flä-

chen zum Schutz von Wiesenvögeln bereit, werten unsere Flächen entlang von Gewässern ökologisch auf und wollen unsere Moorböden möglichst klimaschonend bewirtschaften. Für diese Anstrengungen auf den Höfen haben wir die Zusage einer fairen Honorierung."

> Und wie reagiert der Landtag?

Erstaunlich einmütig. Vertreter fast aller Fraktionen sprachen von einem "historischen Tag" für Niedersachsen, da ein großer Konflikt vermieden werden konnte. Natürlich wollte sich jede Fraktion ein wenig feiern lassen. Christian Meyer von den Grünen meinte, nur die Drohung mit dem Volksbegehren habe den Kompromiss bewirkt, was Umweltminister Lies zu der Bemerkung brachte, der frühere Agrarminister Meyer tue jetzt so, als erreichten die Grünen mehr in der Opposition als in der Regierung. Bei den anschließenden Abstimmungen votierten bis auf zwei Enthaltungen aber alle Abgeordneten für das Gesetzespaket, was so gut wie nie vorkommt.